

# Deutschlandprognose 2017/2018: Robuste Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Entscheidungen<sup>1</sup>

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus\*

## Lage der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft expandierte im zurückliegenden Sommerhalbjahr etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn 2016. Dabei haben die fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften in etwa gleichermaßen zur Belebung der Weltkonjunktur beigetragen. In den USA sorgten im dritten Quartal 2016 vor allem der Lagerzyklus und eine kräftige Zunahme des Exportgeschäfts für eine merkliche Beschleunigung des Expansionstempos. In Japan wirkten das abermalige Aufschieben der fiskalischen Konsolidierung und die Implementierung eines neuen Konjunkturpakets stützend. Schließlich hat sich die moderate Erholung des Euroraums fortgesetzt.

Auch in wichtigen Schwellenländern wie China, Indien und Indonesien waren expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen für die Zunahme der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Sommerhalbjahr 2016 verantwortlich. Schließlich entschärften sich die rezessiven Tendenzen in rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Russland und Brasilien, da Notierungen vieler Industrie- und Agrarrohstoffe seit einigen Monaten wieder moderat aufwärtsgerichtet sind. Zudem bewegte sich der Preis von Erdöl der Sorte Brent seit dem Frühjahr 2016 weitgehend stabil um etwa 45 US-\$ pro Barrel, nachdem er im Januar die Marke von 30 US-\$ unterschritten hatte. Maßgeblich für die Ölpreisstabilität sind zwei gegenläufige Effekte. Einerseits kam es zu einer anziehenden Nachfrage nach Erdöl vor allem aus China und Indien. Andererseits führten Verhandlungen zwischen den OPEC-Mitgliedern zu einer Limitierung der Erdölförderung. Schließlich kam es im November 2016 zu einer Einigung, an der sich auch Russland beteiligt und im Zuge derer der Erdölpreis auf über 50 US-\$ stieg.

In den zurückliegenden sechs Monaten hat sich die globale politische Landschaft stark verändert, was weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnte. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum den Austritt aus der Europäischen Union (EU); der Ablauf und die Konditionen dieses sog. Brexit werden ab dem nächsten Jahr auf der politischen Bühne verhandelt. Die überraschende Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wirft eine Vielzahl

an Fragezeichen im Zusammenhang mit der künftigen politischen, finanzpolitischen und außenhandelspolitischen Ausrichtung der USA auf. So hat sich der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfs zwar für eine expansivere Fiskalpolitik, aber auch für eine merklich protektionistischere Außenhandelspolitik und einen deutlichen Abbau des sicherheitspolitischen Engagements seines Landes auf internationaler Ebene ausgesprochen. Schließlich hat Italien in einem Referendum eine Verfassungsänderung abgelehnt, die das wirtschaftlich angeschlagene Land reformfähiger hätte machen können.

Allerdings haben diese Ereignisse vorerst nicht die befürchteten negativen konjunkturellen Effekte ausgelöst. Nach dem Brexit-Votum haben sich die Finanzmärkte nach unmittelbaren Turbulenzen schnell wieder gefangen; bereits im Spätsommer lagen die meisten Aktienindizes bereits wieder über ihren Ständen vom Mai 2016. Ebenso hat sich die Stimmung von Konsumenten und Produzenten in Großbritannien und der EU im Sommer nur vorübergehend verschlechtert und ist seit dem Spätsommer wieder aufwärtsgerichtet. Schließlich erwies sich die britische Realwirtschaft als robust und verzeichnete im dritten Quartal 2016 eine ähnlich hohe Zuwachsrate wie in den drei Quartalen zuvor. Auch die US-Präsidentenwahl konnte die Finanzmärkte sowie das Vertrauen von Konsumenten und Produzenten vorerst nicht beeinträchtigen. Maßgeblich für die sich nach der Wahl abzeichnende Verbesserung der Stimmung dürfte die Antizipation expansiver finanzpolitischer Maßnahmen durch den neugewählten Präsidenten sein. Schließlich blieb das nach dem Scheitern des Reformvorhabens in Italien befürchtete Wiederaufflammen der Eurokrise bislang aus. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das mit einem positiven Ausgang des italienischen Referendums verbundene Positivszenario einfach nicht eingetreten ist.

Dennoch dürften die Brexit-Entscheidung, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das in Italien abgehaltene Verfassungsreferendum nicht ohne kurzfristige negative Folgen bleiben. So sind Indikatoren der politischen Unsicherheit in Großbritannien, mehreren weiteren europäischen Ländern sowie in den USA im Juni

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

scharf gestiegen und haben nach einem temporären Rückgang im November erneut spürbar zugenommen. Aktuell liegen sie auf einem deutlich höheren Niveau als noch zu Jahresbeginn 2016. Dies dürfte für sich genommen die Bereitschaft, Investitionen zu tätigen und langlebige Konsumgüter zu erwerben, mindern und damit die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum beeinträchtigen.

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und sich frühzeitig ein „weicher“ Brexit abzeichnet, bei dem es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Auch wird angenommen, dass im Prognosezeitraum die US-Regierung die bereits geltenden oder kurz vor dem Abschluss stehenden Freihandelsabkommen nicht nennenswert abändert oder gar aufkündigt und den grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalaustausch der USA mit dem Rest der Welt nicht einschränkt. Mangels konkreter Pläne oder gar Beschlüsse wird unterstellt, dass sich die finanzpolitische Ausrichtung der USA im Prognosezeitraum nicht ändert. Für Italien wird schließlich der Status quo eines weiterhin schleppend verlaufenden Reformprozesses unterstellt. Dabei wird angenommen, dass die prekäre Situation des italienischen Bankensektors zu keinen größeren finanziellen Verwerfungen führt.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt die Geldpolitik außerordentlich expansiv ausgerichtet. Allerdings wurden ihr Expansionsgrad und ihr Schwerpunkt in den zurückliegenden sechs Monaten in unterschiedlichem Maße angepasst. Während die US-Notenbank (Fed) seit Dezember 2015 keine neuen Maßnahmen ergriffen hat, beschloss der Rat der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) auf seiner jüngsten Sitzung, ab April 2017 den Umfang der Wertpapierankäufe zu reduzieren. Die japanische Notenbank beließ zwar das Volumen der Wertpapierankäufe und die Leitzinsen unverändert; jedoch nahm sie mehrere strukturelle Anpassungen hinsichtlich ihrer Ziele und der Kommunikation ihrer Maßnahmen vor. In Großbritannien wurden schließlich die geldpolitischen Zügel nach dem Brexit-Referendum wieder gelockert.

Die Finanzpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre im Prognosezeitraum vorerst nicht fortsetzen. In Japan wurde zu Jahresbeginn, angesichts des geringen Expansionstempos, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt. Ferner wurde die für April 2017 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2019 verschoben. Auch andere ursprünglich vorgesehene Sparmaßnahmen wurden weiter in die Zukunft verschoben. Damit hat die Intensität der fiskalischen Konsolidie-

rung in diesem und im kommenden Jahr spürbar abgenommen. Auch im Euroraum wird vielerorts trotz der hohen Staatsverschuldung nicht mehr konsolidiert. Vielmehr dürfte die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum sogar leicht positive Impulse für die Konjunktur zeitigen. Zwar ist dies in manchen Fällen auf die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise zurückzuführen. Allerdings resultiert der Großteil dieser finanzpolitischen Lockerung vor allem aus den deutlich gesunkenen Zinsen auf öffentliche Anleihen und der wohlwollenden Haltung der EU-Kommission gegenüber Mitgliedsstaaten, die gegen die fiskalischen Regeln verstoßen. In den USA dürfte die Finanzpolitik im laufenden Jahr kaum nennenswerte Impulse für die Konjunktur geliefert haben. Da noch keine konkreten finanzpolitischen Pläne der neuen US-Regierung vorliegen, wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die fiskalische Ausrichtung auch im Prognosezeitraum in etwa neutral bleibt.

### Ausblick für die Weltwirtschaft

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte im Winterhalbjahr 2016/17 im Vergleich zum dritten Quartal 2016 etwas abnehmen. Zwar haben sich das ifo Weltwirtschaftsklima und die Einkaufsmanagerindizes für die großen Industrie- und Schwellenländer zuletzt verbessert. Allerdings haben politische Ereignisse vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit geführt, die im gesamten Prognosezeitraum die gesamtwirtschaftliche Expansion dämpfen dürfte.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die Konjunktur im Prognosezeitraum weiterhin sehr heterogen bleiben. So wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch in diesem und im nächsten Jahr kräftiger zulegen als jene des Euroraums und Japans. Die Wirtschaft des Euroraums wird nach wie vor durch die massiven strukturellen Schwächen mancher Mitgliedsländer – etwa das große Volumen ausfallgefährdeter Kredite in den Bankbilanzen in Italien und Portugal und die geringe Wettbewerbsfähigkeit der französischen und italienischen Volkswirtschaften – belastet. Entsprechend wird sich die Erholung zwar fortsetzen. Sie wird jedoch trotz der ausgesprochen akkommodierenden Politik der EZB weiterhin nur moderat bleiben. Auch die gesamtwirtschaftliche Produktion Japans dürfte im Prognosezeitraum nur langsam expandieren. Zwar ist die Geldpolitik auch dort äußerst expansiv und staatliche Konjunkturprogramme wirken bis in die zweite Hälfte 2017 stützend. Dem stehen jedoch die Belastungen durch strukturelle Faktoren wie ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und ein relativ geringes Produktivitätswachstum entgegen. Das Expansionstempo in den

Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum allmählich verlangsamen. Zwar werden Brasilien und Russland, angesichts nicht mehr fallender Ölpreise und der leichten Erholung der Notierungen anderer Rohstoffe, die Rezession im Verlauf des kommenden Jahres wohl überwinden. Auch Indien dürfte im Prognosezeitraum stark expandieren. Allerdings wird sich die trendmäßige Abnahme des Expansionsstempos in China wohl weiter fortsetzen.

Im abgelaufenen Jahr hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt voraussichtlich um 2,4% zugenommen. In diesem Jahr dürfte die Rate aufgrund des hohen Ausgangsniveaus auf 2,9% steigen, um dann im nächsten Jahr geringfügig auf 2,7% zurückzugehen. Dies entspricht einer leichten Revision gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2016 in Höhe von -0,1 Prozentpunkten für das Jahr 2016; die Prognose für 2017 bleibt unverändert.

### Risiken

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum stellt das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU dar. Im Vorfeld des eigentlichen Brexits müssen sowohl die Parameter der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU als auch die Handelsabkommen mit mehr als 50 anderen Staaten, die auf EU-Recht basieren, neu verhandelt werden. Allerdings ist es noch völlig ungewiss, wann die formalen Verhandlungen eingeleitet werden und wann der Brexit stattfinden wird. Auch liegen noch keinerlei Anhaltspunkte darüber vor, wie die neuen Abkommen aussehen könnten. Sollte etwa die getroffene Einigung den Aufbau neuer Schranken für den Güterhandel und den Kapitalverkehr vorsehen, so gäbe es spürbar negative Folgen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Europa und anderen Regionen der Welt. Aber auch bereits im Prognosezeitraum könnte eine andauernd hohe Verunsicherung der privaten Wirtschaftsakteure die Investitionstätigkeit in Großbritannien und in der EU belasten. Dies könnte etwa dann der Fall sein, wenn sich das Eintreten eines für den Außenhandel unfreundlichen Szenarios abzeichnen oder sich die Verhandlungen durch große Unwägbarkeiten kennzeichnen würden.

Auch die künftige wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA ist seit den Präsidentschaftswahlen mit großer Ungewissheit behaftet und stellt daher eine Quelle zahlreicher positiver wie negativer Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum sowie darüber hinaus dar. So hat der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfes für eine starke Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in

Verbindung mit Unternehmensteuersenkungen, einer merklich protektionistischeren Außenhandelspolitik und einem deutlichen Abbau des internationalen sicherheitspolitischen Engagements seines Landes geworben. Ob, in welchem Umfang und wann diese Vorhaben umgesetzt werden können, ist noch völlig ungewiss. Eine kräftige Erhöhung des fiskalischen Expansionsgrades etwa würde der Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikante positive Impulse bescheren. Negative Risiken für die Weltwirtschaft gehen von einem eventuellen Übergang der USA zu mehr Protektionismus in der Handelspolitik aus. Dies würde den Welthandel belasten und das Potenzial für technologische Spill-Overs in weiten Teilen der Welt reduzieren. Schließlich könnte eine starke Reduktion der sicherheitspolitischen Beteiligung der USA innerhalb der NATO oder bei internationalen Krisen und Konflikten die politische Unsicherheit in vielen Ländern zunehmen lassen und die Investitionstätigkeit dort spürbar dämpfen.

Ein weiteres großes Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum geht auch vom Erstarren populistischer Parteien in wichtigen europäischen Ländern aus. Solche Parteien setzen sich zumeist für mehr Protektionismus in den außenwirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes ein oder fordern eine gründliche Revision der EU-Verträge und in manchen Fällen sogar den Austritt ihres Landes aus der EU. Es ist nicht auszuschließen, dass derartig radikale politische Gruppierungen bei den Parlamentswahlen, die im kommenden Jahr in Frankreich, den Niederlanden und voraussichtlich Italien stattfinden, als Sieger hervorgehen. Dies könnte das Vertrauen in die politische Stabilität und den Zusammenhalt der EU stark erschüttern und negative ökonomische Folgen für die ganze Welt haben. Noch stärker werden die wirtschaftlichen Belastungen sein, sollten tatsächlich neue Handelsschranken innerhalb Europas aufgebaut werden oder Staaten dem Beispiel Großbritanniens folgen, indem sie sich für einen Austritt aus der EU entscheiden.

### Lage der deutschen Wirtschaft

Seit 2013 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung. Kennzeichnend dafür ist, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schnitt mit Raten ausweitete, die über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen. Damit verringerte sich die Unterlastung der Kapazitäten kontinuierlich und die Produktionslücke ist seit 2015 positiv. Dynamik und Triebkräfte des derzeitigen Aufschwungs unterscheiden sich allerdings deutlich von jenen der meisten früheren Erholungsphasen.

Der Aufschwung ist lediglich moderat, da die durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) vergleichsweise niedrig und nur knapp über der Potenzialwachstumsrate liegen. Der private Konsum entwickelt sich zwar recht kräftig; einen wichtigen Beitrag zu dieser Expansion leistet allerdings der starke Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre. Je Einwohner gerechnet entwickeln sich die privaten Konsumausgaben so schwach wie in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte. Der flüchtlingsbedingte Bevölkerungsanstieg lässt jedoch die Konsumausgaben des Staates kräftig expandieren. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen trägt der Staat seit 2015 maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Expansion in Deutschland bei. Während die Bauinvestitionen überdurchschnittlich zunehmen, ist die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen eher schwach, was vor dem Hintergrund der außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen überrascht.

Einer der Hauptgründe für die moderate gesamtwirtschaftliche Gangart ist der Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen, der in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte derart gering war. Während in früheren Aufschwüngen wichtige expansive Impulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Ausland kamen und sich dann über eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und Einkommenssteigerungen auf die Binnenwirtschaft übertrugen, sind diese weltwirtschaftlichen Impulse im aktuellen Aufschwung bislang weitgehend ausgeblieben. Die nur zögerliche Erholung der für Deutschland wichtigen Handelspartner im übrigen Euroraum, die deutliche Verlangsamung des Wachstums in China sowie die durch die niedrigen Rohstoffpreise in Mitleidenschaft gezogene Absorptionsfähigkeit vieler Schwellenländer dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

### Ausblick für die deutsche Wirtschaft

Im vierten Quartal 2016 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im vorangegangenen Sommerhalbjahr merklich an Schwung verloren hatte, mit einem Anstieg in Höhe von 0,5 % gegenüber dem Vorquartal wieder an Fahrt gewonnen haben. So ist der wichtigste Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, seit dem temporären Tiefstand von August deutlich gestiegen. Der spürbare Produktionsanstieg dürfte sich dabei auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche erstrecken. Die Bruttowertschöpfung der Industrie dürfte mit einer ähnlichen Rate wie im zweiten Vierteljahr expandieren. Positive Impulse kommen weiterhin aus dem Baugewerbe. Schließlich dürften die großen Dienstleistungsbereiche ihre Wertschöpfung

deutlicher ausweiten. Insgesamt dürfte das preisbereinigte BIP im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % zugenommen haben, kalenderbereinigt um 1,8 %.

Im Jahr 2017 dürfte sich der moderate Aufschwung mit ähnlichen konjunkturellen Raten wie in diesem Jahr fortsetzen, vornehmlich getrieben von der Binnennachfrage. Der private Konsum expandiert anhaltend kräftig, befördert von höheren Tariflöhnen, zunehmenden Transfereinkommen und der steigenden Beschäftigung. Der bislang vorrangig migrationsgetriebene öffentliche Konsum verliert hingegen an Fahrt. Zwar ist mit dem Inkrafttreten des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes und der damit verbundenen Ausweitung der Leistungen an Pflegebedürftige zu Jahresanfang noch einmal ein deutlicher Anstieg des Staatskonsums zu erwarten. Gegenzurechnen ist allerdings, dass sich der Zustrom an Hilfesuchenden annahmegemäß verringert und dass zunehmend Geld- statt Sachleistungen gewährt werden. Die Investitionen in Ausrüstungen werden im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen weiter unterdurchschnittlich expandieren. Maßgeblich hierfür dürften vor allem die sich wenig dynamisch entwickelnden Absatzperspektiven auf vielen Auslandsmärkten sein sowie die außergewöhnlich hohe Ungewissheit bezüglich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses wichtiger Handelspartner Deutschlands. Dagegen profitieren die Investitionen in Bauten vom weiterhin günstigen Zinsumfeld, die Investitionen in Wohnbauten werden durch die große Zahl von Wohnungssuchenden besonders angeregt. Vom Außenhandel gehen im Prognosezeitraum rein rechnerisch voraussichtlich keine nennenswerten Impulse aus, da Exporte und Importe in ähnlichem Tempo expandieren werden.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 2017 um 1,5 % ausgeweitet werden, unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Jahr 2016 geringeren Zahl von Arbeitstagen um 1,8 %. Im Jahresdurchschnitt 2018 wird das reale BIP dem Ursprungswert nach und auch kalenderbereinigt voraussichtlich um 1,7 % expandieren. Damit liegt der prognostizierte Anstieg des realen BIP in beiden Jahren nur geringfügig unter der Zunahme des Produktionspotenzials; die positive Produktionslücke wird sich im Prognosezeitraum langsam schließen.

Die Erwerbstätigkeit bleibt aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 450.000 gestiegen sein, im Jahr 2017 wird sie sich voraussichtlich um 300.000 erhöhen. Für das Jahr 2018 rechnet das ifo INSTITUT mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 375.000 Personen. Der Aufbau der Beschäftigung wird dabei überwiegend durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2016 um gut 100.000 gesunken sein. Die

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2015	2016	2017	2018
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a</sup>				
Private Konsumausgaben	2,0	1,9	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,3	3,0	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	2,2	1,8	3,1
Ausrüstungen	3,7	1,2	1,3	3,9
Bauten	0,3	2,6	1,8	2,8
Sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,6	2,6
Inländische Verwendung	1,6	2,2	1,6	1,7
Exporte	5,2	2,4	3,1	4,2
Importe	5,5	3,2	3,8	4,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,7	1,9	1,5	1,7
Erwerbstätige <sup>b</sup> (1.000 Personen)	43.057	43.495	43.792	44.165
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.795	2.693	2.705	2.703
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (in %)	6,4	6,1	6,1	6,1
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	0,5	1,5	1,7
Lohnstückkosten <sup>e</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,3	1,3	1,7
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup>				
- in Mrd. €	20,9	21,5	11,6	9,2
- in % des Bruttoinlandsprodukts	0,7	0,7	0,4	0,3
Leistungsblinazsaldo				
- in Mrd. €	252,6	263,0	261,0	270,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	8,3	8,4	8,1	8,1

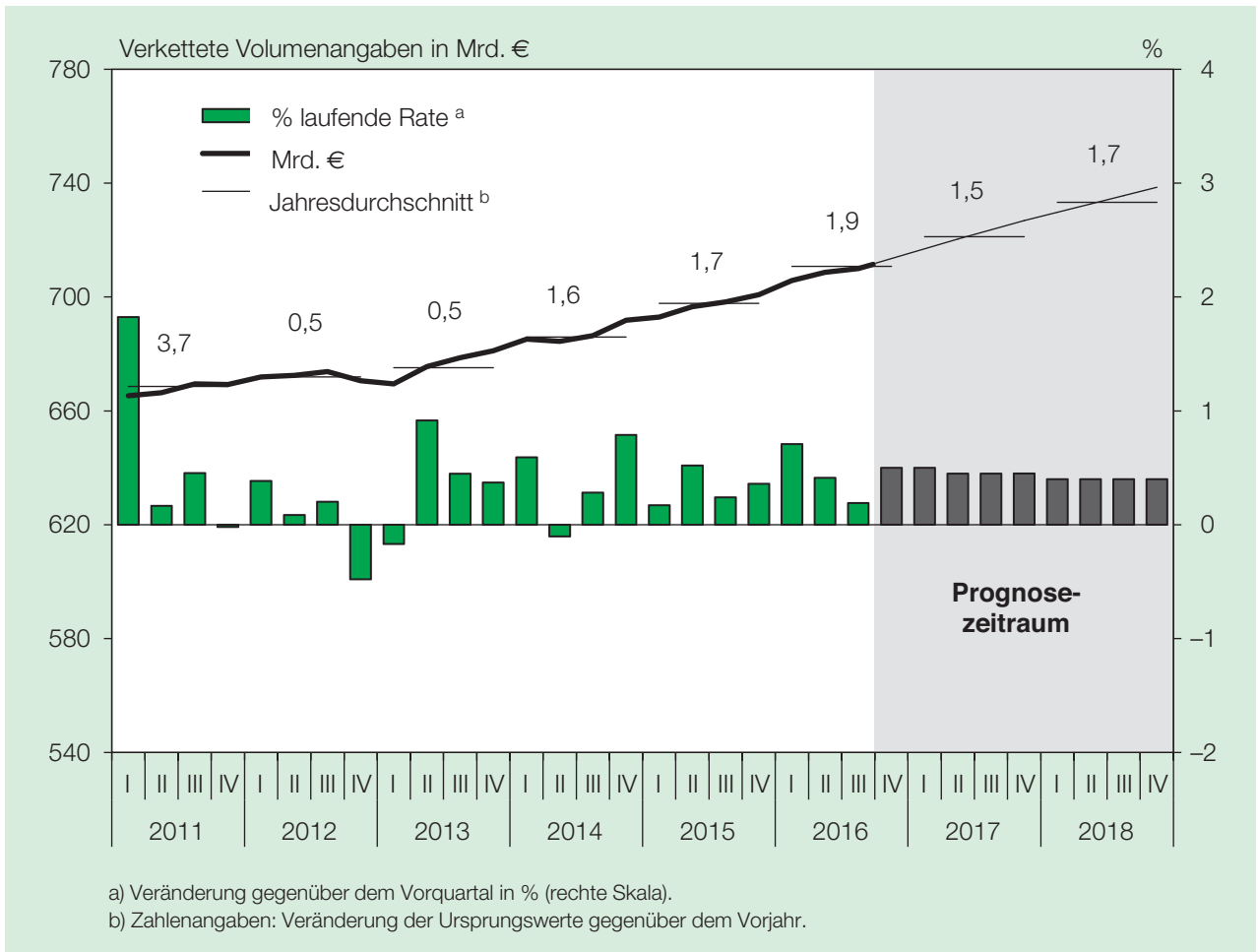
a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018: Prognose des ifo Instituts.

Entwicklung in den Jahren 2017 und 2018 wird durch die Arbeitsmarkteffekte der Flüchtlingsmigration mitbeeinflusst. Der Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials lässt eine leichte Zunahme um knapp 15.000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2017 erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2018 dürfte die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Stand des Jahres 2017 verharren. Die Arbeitslosenquote beträgt in allen drei Jahren wohl 6,1%.

Die Verbraucherpreise sind im abgelaufenen Jahr um 0,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wobei das niedrigere Niveau der Ölpreise dämpfend gewirkt hat. Im laufenden Jahr verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb, zudem gehen von den Ölpreisen annahmegemäß keine weiteren preisdämpfenden Impulse aus. Im Jahresdurchschnitt 2017 wird sich das Verbraucherpreisniveau in Deutschland voraussichtlich um 1,5% er-

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018: Prognose des ifo Instituts.

höhen, im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,7 %. Die Kerninflationrate (Inflationrate ohne Energieträger) dürfte von 1,2 % im Jahr 2016 auf 1,4 % im laufenden Jahr steigen; im Jahr 2018 ist eine Rate in Höhe von 1,7 % zu erwarten.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2017 expansiv ausgerichtet, im Jahr 2018 dürfte sie voraussichtlich auf einen neutralen Kurs einschwenken. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss dürfte im abgelaufenen Jahr in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf dem

Niveau des Vorjahres verharrt haben (0,7 %); im Jahr 2017 wird die Quote auf 0,4 % und im Jahr 2018 auf 0,3 % sinken. Der strukturelle Finanzierungssaldo ist seit dem Jahr 2013 positiv und dürfte von 0,4 % in Relation zum nominalen Produktionspotenzial im vergangenen Jahr auf 0,1 % im nächsten Jahr sinken.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2016. Vgl. T. Wollmershäuser, W. Nierhaus et. al., ifo Konjunkturprognose 2016–2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik, in: ifo Schnelldienst, 24/2016, 69. Jg., S. 28–73.